



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Angelika Weikert, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Berichterstattung und Anhörung zur Umsetzung der Empfehlungen der Jugend-Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich und mündlich dem Landtag über die Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ aus der 15. Legislaturperiode – und damit über die Weiterentwicklung der Jugendpolitik in Bayern – zu berichten.
2. In der Folge veranstaltet der Landtag nach der Berichterstattung durch die Staatsregierung und unter Einbezug der betroffenen Fachausschüsse eine öffentliche Anhörung zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“, wie dies bereits im Ausschuss angeregt wurde.
3. Zur Berichterstattung im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration und zur Stellungnahme und Kommentierung im Hearing lädt der Landtag die an der Enquete-Kommission beteiligten Mitglieder, ausgewählte Experten, Institutionen und Verbände ein, die den Bericht kommentieren und mögliche neu aufgetretene Fragestellungen einbringen können.

Begründung:

Der Landtag hat in seiner 15. Legislaturperiode auf Antrag der Fraktionen von CSU, SPD und Bündnis90/Die Grünen eine Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ eingesetzt. Die Enquete-Kommission hat sich umfassend mit den Schwerpunkten der zukünftigen Jugendpolitik in Bayern auseinandergesetzt. Die Kommission hat nach dreijähriger inhaltlicher Arbeit in ihrem Abschlussbericht vom Juli 2008 in großer politischer Einigkeit konkrete Empfehlungen für die Jugendpolitik in Land und Kommunen sowie für die Weiterentwicklung der Angebote der Jugendhilfe, der außerschulischen Jugendbildung, der verbandlichen Jugendarbeit und der Angebote der Offenen Jugendarbeit in Bayern ausgesprochen.

Entsprechend dem Beschluss der Jugend-Enquete sollte im Laufe der 16. Legislaturperiode ein Bericht der Staatsregierung über den Stand der Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen an die Politik gegeben werden, damit in der Folge weitere Maßnahmen für eine erfolgreiche Jugendpolitik in Bayern umgesetzt werden können. Dieser Bericht wurde in der 16. Legislaturperiode nicht gegeben und ist deshalb umgehend und umfänglich nachzuholen.

Auf der Basis der Berichterstattung der Staatsregierung soll dann eine öffentliche Anhörung mit den damals an der Enquete-Kommission beteiligten Mitgliedern, Experten, Institutionen, Verbänden und unter Einbezug der betroffenen Fachausschüsse stattfinden. Die Notwendigkeit wurde im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zwar am 12. Februar 2015 erkannt, aber bisher nicht umgesetzt. Dies ist nun unmittelbar nach dem Bericht der Staatsregierung zu forcieren.